

Freie Wirtschaft und Schutzoll.

Zur Umhellung unserer Wirtschaftspolitik.

Die Beeinflussung des gesamten Wirtschaftslebens durch die Währungsfrage und die Währungsanierung hat den Blick des deutschen Volkes von den meisten anderen wirtschaftlichen Problemen abgelenkt. Nachdem es jetzt aber gelungen ist, durch die Sanierung der Währung eine Grundlage für normale wirtschaftliche Entwicklung und ein Mittel zur Rationalisierung und zur wirtschaftlichen planvollen Betätigung über den Tag hinaus zu schaffen und nachdem auch die sozialpolitischen Probleme, insbesondere die Frage der Arbeitszeit und der Betriebsverfassung, wieder in einer ruhigeren organischen Entwicklung sich befinden, gilt es auch, die allgemeine Wirtschaftspolitik wieder planvoll zu gestalten und den durch den Weltkrieg und seine Folgen veränderten Verhältnissen anzupassen. Es kommt hinzu, daß auch gewisse, im Versailler Friedensvertrag enthaltene Fristen demnächst ablaufen, daß ebenso eine Anzahl von Handelsverträgen zu erneuern oder überhaupt erst in der nächsten Zeit abzuschließen sind und daß außerdem manche, die Außenhandelsbeziehungen und das Zollwesen betreffenden Vorschriften und Abmachungen des Versailler Vertrages erst jetzt bei stabiler Währung und normalen Handelsbeziehungen in ihren Auswirkungen klar werden und in Erscheinung treten. Schließlich erfordert die im Zeichen der Rentenmark klar erkennlich gewordene Kapitalverarmung Deutschlands nach mancher Richtung eine gänzlich andere Wirtschafts- und Außenhandelspolitik, als sie früher angebracht war.

Die Außenhandelskontrolle, soweit sie die Ausfuhr und die Anfahrpreise betraf, ist in den letzten Monaten tatsächlich bis auf gewisse Reste abgebaut worden. Bestehen geblieben ist aber vorläufig eine Einfuhrkontrolle, die u. a. noch vielfache Einfuhrkontingentierungen und Einfuhrverbote enthält. Es läßt sich nun immer deutlicher erkennen, daß die Einfuhrverbote nicht lange mehr aufrechterhalten werden können. Deutschland ist im höchsten Grade auf Steigerung seiner Ausfuhr angewiesen, muß also bei anderen Staaten offene Türen finden. Das ist aber nur bei Gegenseitigkeit in den meisten Fällen zu erreichen, und schon augenblicklich leidet die deutsche Wirtschaft darunter, daß sich in einer Reihe von Fällen, wo deutscherseits Einfuhrverbote bestehen, die Hauptlieferländer der betreffenden Waren sich ihrerseits durch besondere Zölle auf deutsche Erzeugnisse oder durch Einfuhrverbote revanchiert haben. Dazu kommt ein weiterer, zweifellos gewaltiger Mangel. Die Einfuhrverbote und Einfuhrkontingente waren zum Teil in der gefährlichsten Inflationsperiode zum Schutz einzelner Industrien erlassen, haben sich aber jetzt zu einer höchst schädlichen Barriere ausgewachsen, die unsozial wirkt und dem Preisabbau im Wege steht. Es gibt heute Branchen, wo vor dem Krieg eine deutsche Ausfuhr eine erhebliche Einfuhr für den Inlandsverbrauch gegenüberstand und wo augenblicklich Einfuhrverbote so zumeist gebracht haben, daß künstlich erzeugte Warenknappheit die deutschen Inlandspreise bis auf das Doppelte der Weltmarktpreise und darüber getrieben hat, wo von einem Preisabbau seit der Stabilisierung also gar nicht die Rede gewesen ist. Diesen nur für die betreffenden wenigen Unternehmer erfreulichen Zustand kann sich das verarmte deutsche Volk nicht länger gefallen lassen.

Schließlich liegt für die Freigabe der Einfuhr und der Ausfuhr auf manchen Gebieten ein weiterer wesentlicher Grund darin, daß im Interesse einer gleichmäßigen, von großen Schwankungen freien Preispolitik — sind doch zweifellos die Preisschwankungen an den deutschen Warenbörsen, wie sie in den letzten Wochen zu verzeichnen waren, für die Zeit stabiler Währung ganz anormal groß — der deutsche Warengroßhandel wieder in die Lage versetzt werden muß, sich am internationalen Ferngeschäft zu beteiligen und dadurch langfristiger zu kalkulieren und Risiken abzudecken.

Die bedeutende Rolle, die Deutschland zum Vorteile der eigenen Versorgung und des Volkseinkommens hier auf gemäßigten Märkten, namentlich für Getreide, Flachs, Seide und Zucker früher spielte, ist ganz auf ausländische Märkte übergegangen, ja der Fernhandel ist bislang immer noch verbotten. Mit diesen Ueberresten der Zwangswirtschaft muß natürlich einmal gebrochen werden.

Andererseits erfordert die Schwächung der Wirtschaft und die Kapitalverarmung natürlich andere und häufigere Schutzmaßnahmen als früher. Es gibt Wirtschaftsgruppen, deren Erhaltung und Stärkung heute weit mehr als früher Lebensinteresse unseres Volkes ist. Es gibt andere, die einst wettbewerbsfähig, durch die Inflationsperiode verarmt sind und denen Erholungspausen geschaffen werden müssen, soll nicht das Volkvermögen durch ihren Zusammenbruch schweren Verlust erleiden. Es gilt schließlich, Verschleppungen in den Wettbewerbsverhältnissen und in den Absatzgebieten bei der Handelspolitik zu berücksichtigen. So braucht z. B. die in schwerer Kreditkrise befindliche deutsche Landwirtschaft, die gerade in Zeiten dieser Kreditkrise erhebliche Investitionen vornehmen soll, um den Bodenertag stark zu steigern, wahrscheinlich Schutzzölle für verschiedene Artikel zum Ausgleich der Freigabe der Ein- und Ausfuhr. Das gleiche wird für viele Fabriken hochwertiger Fertigzeugnisse gelten, insbesondere z. B. für Automobile und Maschinen. Andererseits dürfen die Schutzzölle ihrer Höhe nach sich nicht zu einer Prämie für wirtschaftliche Trägheit auswachsen. Und von Fall zu Fall wird zu prüfen sein, ob der Gesamtwirtschaft größerer Nutzen durch die Billigkeit des zu schützenden Gewerbegebietes oder durch die Vermeidung billigerer ausländischer Erzeugnisse erwächst. Alle diese Dinge drängen in den nächsten Wochen zur Entscheidung. Es gilt nach der Neuordnung der Währung und der Finanzen eine Neuordnung der Wirtschaftspolitik durchzuführen. Die Tendenz der Regierung dabei kennzeichnete der Reichswirtschaftsminister vor einigen Tagen in seiner ersten Rede über diese Probleme als Abkehr von der Zwangswirtschaft mit den Worten: Ziel und Mittel unserer Arbeit muß die Freizeit der Wirtschaft sein. G. M.

Bericht Poincarés auf die Ruhrbesetzung?

Das Echo National stellt auch tatsächlich fest, daß Poincaré gegenwärtig im Begriffe steht, in der Ruhrfrage zu kapitulieren. Um das Ansehen zu wahren, würden die Sachverständigen vorschlagen, die französisch-belgische Militärkontrolle an der Ruhr aufrechtzuerhalten. Das bedeutet aber gleichwohl, daß die Ruhrpolitik Poincarés falliert habe. Poincaré sei jetzt bereit, sich mit diesen Forderungen verpflichtungen zufriedenzugeben.

Ueber die Lage in Paris verlautet weiter:

Dawes und Young haben am Dienstag mit Poincaré eine zweistündige Unterredung gehabt. Außerdem fand beim Ministerpräsidenten eine besondere interne Konferenz statt. Dieser Besprechung wird in Paris eine ganz besondere Bedeutung beigemessen. Gegenstand war einmal Berichterstattung der Sachverständigen über ihre bisherigen Beratungen sowie über die Pläne Dr. Schacht, seine Vorbehalte zur Schaffung der Goldnotenbank, ferner Mitteilung Poincarés an die Sachverständigen über seine Auffassung hierüber, mit anderen Worten also Richtlinien für die Sachverständigen über den Standpunkt der französischen Regierung. Hierbei hat sich herausgestellt, daß beide Meinungen ziemlich weit auseinandergehen.

Nicht unerwähnt bleibt auch, daß es an lebhaften Bemerkungen Englands und Amerikas nicht fehlt. Frankreich dazu zu bewegen, dem Ruhrgebiet bald seine wirtschaftliche Unabhängigkeit wiederzugeben und die Sicherung der französischen Wälder nur durch die Aufrechterhaltung einer möglichst unsichtbaren militärischen Besetzung vorzunehmen. In amerikanischen Kreisen wird berichtet, daß man in dieser Frage wohl mit einem Nachgeben Frankreichs rechnen

könne, wenn ihm Garantien gegeben würden, daß während des Deutschland zu bewilligenden Moratoriums die Naturerzeugnisse, besonders die an Kohlen, nicht unterbrochen würden.

andernfalls aber würde ein neuer Weltkrieg für Poincaré konflikt in der ganzen Ruhrfrage innerhalb der Entente ausbrechen, und Frankreich dann alle Pläne der Sachverständigen rüchweg verwerten.

In der Besprechung wurde auch die Verpfändung der deutschen Eisenbahnen geredet, die nach der Umwandlung sich sehr viel leichter bewerkstelligen ließe. Nach dem New York Herald liegen bereits namhafte Angebote amerikanischer Banken hierüber vor.

In ihrer Unterredung mit Poincaré sollen Dawes und Young sich über ihren Schlußbericht geeinigt haben. Dieser Schlußbericht der Sachverständigen soll nach der Chicago Tribune auch bereits vorliegen und dem französischen Ministerpräsidenten von dem Delegierten Parlamentarier unterbreitet worden sein. Der Bericht über die wirtschaftliche Raumung des Ruhrgebietes und eine rein geschäftliche Lösung des Reparationsproblems vor. Poincaré soll sich, so behauptet das Blatt, grundsätzlich mit den Schlußfolgerungen des Berichtes einverstanden erklärt haben.

1000 französische Flugzeuge gegen 100 englische.

Erneute Bedenken im Unterhaus.

Bei der Debatte über die Luftverteidigung Englands im Unterhaus erklärte der frühere Luftfahrtminister Hoare in der Begründung eines von ihm eingebrachten Antrages, in den Verhandlungen, denen der Premierminister gegenüberstehe, würde er es als keinen Nachteil empfinden, hinter sich eine vorherrschende Flotte zu haben, und als keinen Vorteil, eine Luftstreitmacht zu haben, die, während sie an Qualität ausgezeichnet, an Quantität vollkommen ungenügend wäre. Kein Teil der Öffentlichkeit des Landes könne mit Gleichgültigkeit die Tatsache annehmen, daß die Hauptstadt des britischen Reiches und die Küste Englands in einer so verwundbaren Stellung gegenüber der suchtbaren aller modernsten Angriffswaffen des Krieges wären. England habe jetzt etwa 80 Frontmaschinen.

Die endgültig für den Heimatflug bestimmt wären. Wenn man diese Zahl mit den entsprechenden Zahlen in Frankreich vergleiche, so sehe man, daß im gegenwärtigen Augenblick in Frankreich etwa 1000 Front-Flugzeuge vorhanden wären. Allgemein gesprochen, befänden sich in Frankreich im gegenwärtigen Augenblick etwa 1000 Frontmaschinen gegen wenig mehr als 100 Maschinen in England. Hoare erklärte unter dem Beifall der Opposition, jedes Mitglied des Hauses werde zustimmen, daß dies eine bedenkliche Ungleichheit

ist. Während des Krieges habe der größte Betrag von Bomben, der je auf England innerhalb eines einzigen Monats geworfen wurde, 12 Tonnen betragen. 800 Flugzeuge könnten 170 Tonnen auf London werfen, nicht im Laufe eines Monats, sondern im Laufe von 24 Stunden, und ein Bombenangriff von 75 Tonnen täglich könne für einen unbeschränkten Zeitraum aufrechterhalten werden. Dies sei eine sehr dunkle und bezeichnende Tatsache, die jedes Mitglied des Hauses erwägen müsse. Das liberale Mitglied Generalmajor Seely sagt, vor einem Jahre hätten die Franzosen es in ihrer Macht gehabt, bei einem einzigen Flug auf irgendeinen beliebigen Punkt mehr als zehnmal soviel als das Gewicht der Bomben zu werfen, das die Deutschen in einem Monat auf England warfen. Wenn eine beachtliche Angriffsmacht benutzt würde, um Gebäude in Brand zu setzen, so könnte

ganz London in Flammen ausgehen.

Wenn beschlossen würde, Eisenbahnmittelpunkte anzugreifen, so würden die Züge aufhören zu gehen, und London müßte innerhalb von wenigen Tagen geräumt werden. Auf jedes feindliche Flugzeug müsse mit einem eigenen Flugzeug beantwortet werden.